Große Anfrage der Fraktion der CDU

Wie setzt Bremen seine Rolle bei der Krankenhausaufsicht um?

Mit dem Bremischen Landeskrankenhausgesetz (BremKrhG) soll die medizinische Versorgung der Patientinnen und Patienten durch „leistungsfähige, eigenverantwortliche und wirtschaftlich handelnde Krankenhäuser“ (§ 2 Abs. 1 BremKrhG) im Land Bremen sichergestellt werden. Die Landeskrankenhausplanung, die finanzielle Förderung von Krankenhäusern und die Festlegung von Vorgaben der Qualitätssicherung sind Mittel, die dem Senat zum Erreichen dieses Ziels zur Verfügung stehen.

Im Rahmen der Rechtsaufsicht der bremischen Krankenhäuser ist der Senator für Gesundheit gemäß BremKrhG zudem das Aufsichts- und Kontrollgremium für alle 14 Krankenhäuser im Land Bremen. Er „hat zu überwachen, dass die Krankenhäuser ihre Tätigkeit im Rahmen ihres Aufgabenbereiches im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften ausüben“ (§ 30 Abs. 2 BremKrhG). Die Krankenhäuser sind verpflichtet, zur Durchführung der Aufsicht jederzeit alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen, der Behörde den Zutritt zu Betriebsräumen zu ermöglichen und Einsicht in alle Schriftstücke und Datenträger, die den Krankenhausbetrieb betreffen, zu gewähren. Diese Aufsichtspflicht nimmt der Senator gegenüber allen Krankenhäusern im Land Bremen wahr: Durch die erteilten Auskünfte erhält die Behörde umfangreiche Informationen z. B. über Personalkennzahlen in den einzelnen Fachgebieten und geplante Innovationen in den einzelnen Häusern.

Im Rahmen der Qualitätssicherung ist der Senator für Gesundheit nach dem BremKrhG gleichzeitig berechtigt, durch Rechtsverordnungen Maßnahmen der Qualitätssicherung zu treffen. Er kann z. B. anhand von Personalkennzahlen Mindeststandards für verschiedene Versorgungsgebiete festlegen. Da die Stadtgemeinde Bremen Träger der kommunalen Kliniken der Gesundheit Nord gGmbH ist, besteht die Gefahr, dass der Senator für Gesundheit in einen Interessenkonflikt gerät und Kennzahlen, die er im Rahmen der Krankenhausaufsicht erhält, zugunsten der Gesundheit Nord gGmbH zum Erlass einseitiger Qualitätsstandards verwendet. Für die kleineren freigemeinnützigen Häuser, die wirtschaftlich erfolgreich arbeiten müssen und denen etwaige Verluste nicht durch die öffentliche Hand ausgeglichen werden, entstünden beispielsweise Wettbewerbsnachteile, wenn sie bestimmte Personalstrukturen, die für die medizinische Versorgung nicht zwingend notwendig sind, dauerhaft vorhalten müssten. Dies gefährdet sie wiederum in ihrer Existenz, was dem Ziel des BremKrhG „leistungsfähige, eigenverantwortliche und wirtschaftlich handelnde Krankenhäuser“ vorzuhalten, widerspricht.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Welche Informationen zu welchen Fachgebieten hat der Senat im Rahmen der Rechtsaufsicht seit 2011 von welchen Krankenhäusern im Land Bremen angefordert oder eingesehen? Auf welchem Wege wurden diese Informationen in der Regel angefordert?
2. Welche Verordnungen zur Qualitätssicherung wurden seit 2011 in welchen Fachgebieten vom Senat erlassen? Welche Daten und Informationen wurden zur Ausarbeitung dieser Standards herangezogen? Welche Maßstäbe legt der Senat für den Erlass von Qualitätssicherungsverordnungen normalerweise an?

3. Wem stehen die Informationen aus dem Bereich der Krankenhausaufsicht innerhalb der senatorischen Behörden zur Verfügung? Wie ist der Bereich Landeskrankenhausaufsicht bzw. Landeskrankenhausplanung mit dem Arbeitsbereich kommunale Krankenhausangelegenheiten und dem Arbeitsbereich Beteiligungsmanagement verzahnt? Bestehen personelle Überschneidungen, und wenn ja, seit wann?
4. Wie bewertet der Senat den Interessenkonflikt, in dem er sich als Landeskrankenhausplaner bzw. Rechtsaufsicht aller Krankenhäuser und als Verantwortlicher der kommunalen Kliniken in der Stadtgemeinde Bremen befindet? Welche Maßnahmen hat der Senat getroffen, damit es vor dem oben geschilderten Sachverhalt nicht zu Wettbewerbsverzerrungen zulasten der freien Träger kommt?
5. Wie bewertet der Senat die wirtschaftliche Situation der freigemeinnützigen Häuser im Land Bremen? Welchen Unterstützungsbedarf für die freigemeinnützigen Häuser sieht der Senat, um auch weiterhin eine Vielfalt leistungsfähiger, eigenverantwortlicher und wirtschaftlich handelnder Krankenhäuser im Land Bremen vorzuhalten?

Rainer Bensch, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU